

## Standpunkt 24

# Die soziale Dimension von Umwelt- und Naturschutz



# Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung: Soziale Gerechtigkeit als Bedingung wirksamen Umwelt- und Naturschutzes</b>	<b>3</b>
<b>1. Bedeutung der sozialen Dimension im Kontext von Umwelt- und Naturschutz</b>	<b>4</b>
1.1 Vom klassischen Natur- und Umweltschutz zum sozialen Handeln innerhalb der planetaren Grenzen – Historische Einordnung	5
1.2 Die Bedeutung der sozialen Dimension in der Arbeit des BUND	7
<b>2. Warum der Schutz von Natur und Umwelt ohne soziale Gerechtigkeit nicht gelingt</b>	<b>7</b>
2.1 Verursachung	7
2.2 Beeinträchtigungen durch Umweltschäden	9
2.3 Akzeptanz	10
2.4 Fehlende Möglichkeiten	11
2.5 Suffizienz als politische Aufgabe – für Produktion und Konsum	12
<b>3. Beispielhafte Handlungsfelder, Arenen der Veränderungen</b>	<b>13</b>
3.1 Ziele nachhaltigen Wirtschaftens als doppelte Verantwortung: für Mensch und Natur	13
3.2 Exemplarische Handlungsfelder sozial-ökologischer Transformation	14
<b>4. Ökologische Ziele sozial gerecht verfolgen – Forderungen für mehr Umweltgerechtigkeit</b>	<b>18</b>
4.1 Verursachung	18
4.2. Ungleiche Beeinträchtigungen ausgleichen	18
4.3 Akzeptanz	19
4.4 Fehlende Möglichkeiten und Suffizienz	19
4.5 Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft und Suffizienz	20
<b>5. Quellen</b>	<b>20</b>

## **Zusammenfassung: Soziale Gerechtigkeit als Bedingung wirksamen Umwelt- und Naturschutzes**

Umwelt- und Naturschutz können ihre Ziele nur erreichen, wenn sie soziale Gerechtigkeit mitdenken und gestalten. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und das Streben nach einem guten Leben für alle Menschen sind zwei Seiten derselben Medaille – sie bedingen einander. Wo soziale Ungleichheit wächst, schwinden Vertrauen, Handlungsspielräume und Akzeptanz für ökologische Maßnahmen. Wo ökologische Krisen zunehmen, werden soziale Verteilungskonflikte verschärft, bis hin zu Kriegen um Wasser und Rohstoffe.

Eine wirksame Umweltpolitik muss daher immer auch Gesellschaftspolitik sein. Sie braucht gerechte Lastenteilung, faire Teilhabe und politische Rahmenbedingungen, die nachhaltiges Handeln für alle möglich machen.

Die sozial-ökologische Transformation, zu der sich der BUND bekennt, ist mehr als eine ökologische Modernisierung. Es geht auch nicht allein um neue Technologien, sondern um gerechte Strukturen, demokratische Teilhabe und ein neues Verständnis von Wohlstand. Der Maßstab für politischen und wirtschaftlichen Erfolg kann nicht länger das Wachstum materieller Güter sein, sondern muss die Fähigkeit werden, ein gutes Leben für alle Menschen zu organisieren und zu sichern, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Insofern ist die sozial-ökologische Transformation ein Projekt gesellschaftlicher Erneuerung, das notwendigerweise eine Veränderung von Institutionen und Strukturen mit sich bringt.

Die Aufgabe des BUND bleibt es, auf diese untrennbare Verbindung von ökologischer und sozialer Dimension hinzuweisen – in der politischen Debatte ebenso wie in der eigenen Arbeit. Nur wenn beide Perspektiven konsequent zusammengedacht werden, kann Umwelt- und Naturschutz das leisten, was seine satzungsgemäße Aufgabe ist: Den wirkungsvollen Schutz des Lebens und der natürlichen Umwelt – für alle, heute und in Zukunft.

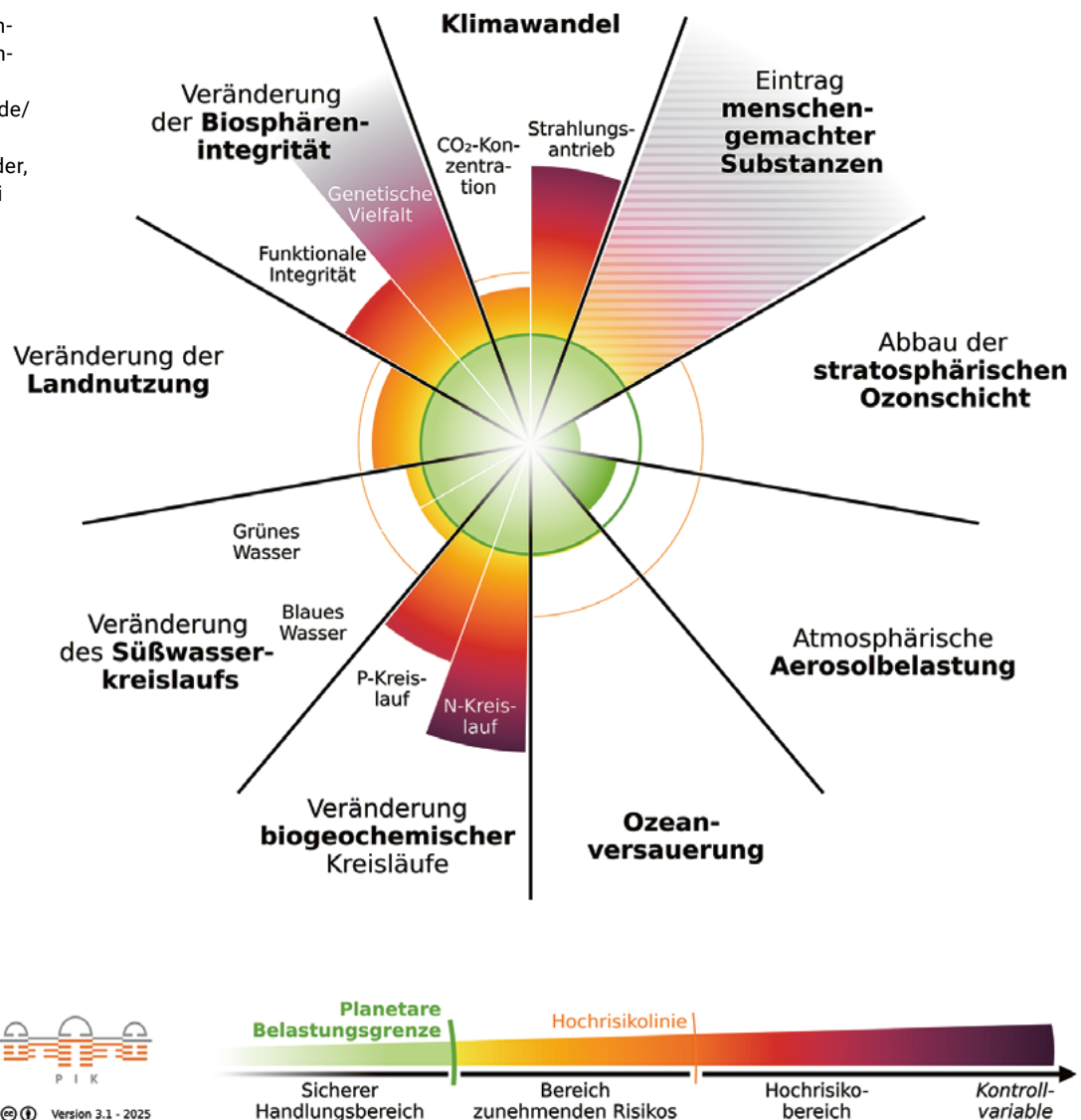
# 1. Bedeutung der sozialen Dimension im Kontext von Umwelt- und Naturschutz

Für den BUND als Anwalt der Natur und des Umweltschutzes ist die Arbeit an der sozialen Dimension der großen Transformation zu einer Nachhaltigen Entwicklung zentraler Bestandteil seiner ureigensten Aufgabe – diesen Kerngedanken zu begründen und anhand konkreter umweltpolitischer Forderungen zu erläutern, ist Gegenstand des vorliegenden Papiers. Ohne Berücksichtigung gesellschaftspolitischer und sozialer Fragen kann der satzungsgemäße Zweck der Arbeit des BUND, der „wirkungsvolle Schutz des Lebens und der natürlichen Umwelt“, nicht erreicht werden. Es braucht „soziale

Gerechtigkeit in der ökologischen Transformation“, erst „beide zusammen sind die tragenden Säulen jeder nachhaltigen Zukunft und Bedingung wie Ziel einer großen Transformation.“ (BUND 2020, S. 1)

Im Kontext multipler Krisen, die eine globale Dimension haben, droht das Erdsystem als Ganzes aus dem Gleichgewicht zu geraten, was insbesondere für die biologische Vielfalt (was die Vielfalt von Genen, Arten und Ökosystemen einschließt), das Klima, die Stoffkreisläufe von Stickstoff und Phosphor oder auch die Einträge neuartiger Substanzen gilt. Sieben von neun planetaren Grenzen sind bereits überschritten, meldete 2025 das Potsdamer Institut für Klimaforschung. (PIK 2025; s. Abb. 1)

Abb.1; Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung 2025, [www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/bilder](http://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/bilder), Version 3.1, gemeinfrei



Das Überschreiten dieser planetaren Grenzen ist maßgeblich auf Produktions- und Konsumweisen zurückzuführen, die strukturell schon früh in den Gesellschaften des globalen Nordens angelegt waren, inzwischen aber in bestimmten Schichten auch weltweit verbreitet sind.

Dabei gibt es enorme Ungleichheiten in dem Maße, wie Menschen zu dem Überschreiten der planetaren Grenzen beitragen wie auch zu dem Grad, unter dem sie unter den Folgen von Umweltveränderungen leiden – das gilt sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch im internationalen Vergleich. Es ist deswegen eine zentrale Aufgabe eines auf Ursachenbekämpfung zielenden Umwelt- und Naturschutzes auch die Bedingungen zu untersuchen, unter denen der Schutz der Natur mit der Ermöglichung eines guten Lebens für alle in der Welt jetzt und in Zukunft möglich wird. Daraus dann konkrete Folgerungen abzuleiten und politische Forderungen und Gestaltungsimpulse zu formulieren, ist für den BUND eine unverzichtbare, durch seine Satzung vorgegebene Aufgabe.

### **1.1 Vom klassischen Natur- und Umweltschutz zum sozialen Handeln innerhalb der planetaren Grenzen – Historische Einordnung**

Schon bei der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm wurde auf den Zusammenhang von ökologischen und sozialen Fragen hingewiesen, wenngleich wir manches heute sicher anders formulieren würden. Die Umweltprobleme der Entwicklungsländer wurden als Folge von „Unterentwicklung“ gesehen. Wirtschaftliche und technische Entwicklung wurde als Weg zur Lösung von Umweltproblemen verstanden (UN 1972, S. 3 (Abschnitt I, Satz 4)). Im selben Jahr (1972) erregte der erste Bericht an den Club of Rome Aufsehen: Die Grenzen des Wachstums (Meadows et al. 1972). Dieser Bericht modellierte zum ersten Mal die Erde auf der Grundlage eines Systemdynamik-Computermodells zur Simulation der Wechselwirkungen von fünf globalen wirtschaftlichen Teilsystemen, nämlich: Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion, Industrieproduktion, Umweltverschmutzung und Verbrauch nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen. Die daraus entwickelten Szenarien kamen zu dem Ergebnis, dass es Grenzen des Wachstums gibt, die für den Fall unveränderter Entwicklung (dem sog.

Business as usual-Case) innerhalb der nächsten 100 Jahre, also bis 2072 zu einem Kollaps führen würden (Meadows et al. 1972). Fünfzig Jahre später, mit aktuellen Daten überprüft, zeigen sich nur geringe Verschiebungen (Nebel et al. 2024, S. 87–99).

Die Einsicht, dass Umwelt und Entwicklung zusammen zu denken sind, wurde dann seit den 1980er Jahren unter dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung diskutiert, der sich rasch zum terminus technicus entwickelte. Der Ausdruck „Nachhaltige Entwicklung“ (engl. „sustainable development“) taucht 1980 zum ersten Mal prominent in der Weltnaturschutzstrategie („World Conservation Strategy“) auf, die die Internationale Naturschutzunion in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und dem WWF veröffentlichte (IUCN-UNEP-WWF 1980). Diese Strategie sprach von der Notwendigkeit einer Entwicklung, die ökologisch tragfähig und sozial gerecht ist. Neben einem verantwortungsvollen Umgang mit der Biosphäre und ihren Ressourcen wurde auch der Armutsbekämpfung eine zentrale Rolle zugewiesen. Ziel war, die Erhaltung von Natur und Ressourcen mit menschlicher Entwicklung zu verbinden. Sie beklagt „die zerstörerischen Auswirkungen einer armen Mehrheit, die ums Überleben kämpft, und einer wohlhabenden Minderheit, die den Großteil der weltweiten Ressourcen verbraucht“ (IUCN-UNEP-WWF 1980, Abschnitt 1.1), was die Grundlage untergrabe, durch die alle Menschen überleben und gedeihen können. Das war der erste systematische Versuch, ökologische und soziale Ziele in ein gemeinsames Entwicklungsverständnis zu bringen, was der 1983 installierten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development) konzeptionell den Boden bereitete.<sup>1</sup> Im Abschlussbericht dieser sog. „Brundtland-Kommission“ (1987) findet sich die bis heute wohl am meisten verbreitete Bestimmung von nachhaltiger Entwicklung:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger

<sup>1</sup> Vgl. Brand 2021, S. 191.

Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Begriff beinhaltet zwei Schlüsselkonzepte:

1. Das Konzept der ‚Bedürfnisse‘, insbesondere die grundlegenden Bedürfnisse der Armen der Welt, denen oberste Priorität eingeräumt werden sollte, und
2. Der Einsicht, dass es Grenzen für die Fähigkeit der Umwelt gibt, die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse zu befriedigen, die durch den Stand der Technik und der gesellschaftlichen Organisation geprägt sind.“ (WCED, 1987, S. 43).

Das heißt sinngemäß, dass eine Entwicklung dann nachhaltig ist, wenn sie die menschlichen Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der in Armut lebenden Menschen so befriedigt, dass dauerhaft ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht wird, und zugleich die durch die planetaren Grenzen der Umweltbelastbarkeit gesetzten Beschränkungen respektiert werden und die Bereitstellung von Ökosystemleistungen auch für zukünftige Generationen erhalten wird.

Auf dieser Grundlage einigte sich die Staatengemeinschaft 1992 auf der UN-Konferenz in Rio auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, das seitdem „als neues, globales Leitbild einer umweltverträglichen, sozial gerechten Entwicklung in der internationalen Politik“ (Brand 2021, S. 193) gilt. Seit dieser Zeit besteht international ein breiter Konsens darüber, dass zu einer Nachhaltigen Entwicklung zwingend die Perspektive der Gerechtigkeit gehört – und zwar zum einen auf Zukunft gerichtet, zwischen den Generationen (intergenerationell) als auch global gesehen, zwischen den Nationen (intragenerationell). In Rio wurde mit der Agenda 21 auch ein Aktionsprogramm verabschiedet, das alle Akteure in Staat und Gesellschaft aufforderte, das Leitbild Nachhaltiger Entwicklung in die Praxis umzusetzen, was die Grundlage von tausenden lokalen „Agenda 21“-Prozessen weltweit war. Dieser Aufruf, der auch die Forderung nach regelmäßiger Berichterstattung beinhaltete, wurde auf den Nachfolgekongressen 2002 in Johannesburg („Rio+10“) und 2012 in Rio de Janeiro bekräftigt (UN 2002; 2012). Ihm

verdankt sich unter anderem die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die kurz vor der „Rio+10“-Konferenz in Johannesburg 2002 erstmals von der Bundesregierung vorgestellt wurde.

Dass sich in Rio praktisch alle Staaten weltweit auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verständigen konnten, wurde allerdings dadurch erkauft, dass auf operative Details und konkrete Ziele verzichtet wurde – es gibt in der Agenda 21 eine Fülle von Empfehlungen und Appellen, aber keine konkreten Indikatoren und Ziele (Berg 2020, S. 194). Indikatoren wurden anschließend von den Vereinten Nationen entwickelt (vgl. UN Division for Sustainable Development 1996), hatten aber nicht dieselbe Bindewirkung wie die Beschlüsse von Rio 1992. Dieser Mangel wurde adressiert, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedete (UN-2015), welche, die Sustainable Development Goals (SDGs) (17 konkrete Ziele mit 169 Teilzielen) umfasste, die bis 2030 realisiert werden sollten.

Etliche der SDGs haben prima facie gar keinen direkten Umweltbezug, sondern sind sozialer bzw. humanitärer Natur – beispielsweise Bekämpfung von Armut und Hunger (SDGs 1 und 2). Doch Klimawandel, Bodendegradation und Extremwetterereignisse erzeugen Armut und Hunger und zwingen immer mehr Menschen zur Flucht (IPCC 2024), obwohl diese Menschen selbst praktisch keinen Anteil an den Ursachen des Klimawandels haben. Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen dokumentiert also den engen Zusammenhang ökologischer und sozialer Entwicklungen; sie formuliert schon in ihrer Präambel, dass die siebzehn Ziele „integriert und unteilbar“ sind (UN 2015). Das bedeutet, dass man eine nachhaltige Entwicklung erst dann erreicht hat, wenn alle siebzehn Ziele erreicht sind. Das wird jedoch nicht vollständig gelingen können, denn die Ziele der Agenda 2030 sind unvermeidlich ein politischer Kompromiss und einige stehen in einem Spannungsverhältnis zu anderen. So fordert z. B. SDG 12 eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, während SDG 8 ambitionierte Wachstumsziele enthält (vgl. Spangenberg 2017; Hickel 2019). In einer frühen Analyse der SDGs kam das Institute for Advanced Sustainability Studies bereits 2015 zu dem

Schluss, dass die Nachhaltigkeitsziele „nicht nachhaltig erreichbar“ seien (IASS 2015, S. 4).<sup>2</sup>

Wenngleich Details des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung im akademischen Raum zum Teil kontrovers diskutiert werden,<sup>3</sup> können die politischen Einigungen von Rio 1992 und New York 2015 als wegweisend angesehen werden. Allerdings haben weder die Agenda 21 noch die Agenda 2030 völkerrechtliche Verbindlichkeit, und es gibt niemanden, der ihre Verfolgung durchsetzen könnte. Im Gegenteil, die Lage wird durch die gegenwärtige Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus durch wichtige globale Akteure noch zusätzlich erschwert.

### 1.2 Die Bedeutung der sozialen Dimension in der Arbeit des BUND

Auch in der Arbeit des BUND spiegelt sich diese Entwicklung wider. Als der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) 1975 gegründet wurde, lagen seine Wurzeln im Naturschutz und dem kämpferischen Umweltschutz der Bürgerinitiativen (BUND 2025). Neben den klassischen Natur- und Umweltschutzthemen (z. B. im Vogelschutz, dem Schutz der Moore oder auch der Agrarpolitik) beteiligte sich der BUND aber schon früh auch an Friedensdemonstrationen, denn Friedens- und Umweltbewegung waren zu der Zeit eng verflochten. Anfang der 1980er Jahre formulierte der BUND eine eigene Position zur Friedenspolitik und kooperiert seitdem mit Organisationen aus dem Sozialbereich, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden oder Hilfswerken. Ein Meilenstein war die Studie

<sup>2</sup> Im englischen Original heißt es, die Nachhaltigkeitsziele „cannot be met sustainably“.

<sup>3</sup> Harte Kritik am Nachhaltigkeitsbegriff kam beispielsweise infolge der Weltfinanzkrise 2007/2008 mit der Veröffentlichung des 4. IPCC-Berichts zum Klimawandel von kapitalismuskritischen Kreisen, die „mit hoher Emphase eine neue »Große Transformation«“ (Brand 2021, S. 194) einforderten. „Zugleich blühten Postwachstumsdebatten und Degrowth Bewegungen auf. Seit 2018 erlangte auch eine neue Klima-Jugendbewegung wachsende Bedeutung, die in der Mobilisierungswelle der Fridays-for-Future Bewegung 2019 ihren vorläufigen Höhepunkt erlebte. Ihr gelang es, den sich vollziehenden Klimawandel medienwirksam ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Politik mit der Forderung nach radikaleren klimapolitischen Maßnahmen zur Erfüllung des Pariser Abkommens unter Druck zu setzen. Dieser Trend wurde durch die Corona-Krise vorerst unterbrochen“ (ebd.).

„Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“, die der BUND 1996 gemeinsam mit MISEREOR herausgab – denn die Umweltpolitik „gewinnt erst durch die Einbeziehung der globalen Verantwortung und durch das Bemühen um soziale Gerechtigkeit ihre wirkliche Perspektive der Zukunftsfähigkeit“ (BUND/Misereor 1996, S. 9), wie es dort heißt.

## 2. Warum der Schutz von Natur und Umwelt ohne soziale Gerechtigkeit nicht gelingt

Dass Umwelt und soziale Entwicklung seit langem in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit diskutiert werden, hat der historische Überblick gezeigt. Aber was sind die sachlichen Gründe dafür, dass das so sein muss? Der enge Zusammenhang von sozialen und ökologischen Entwicklungen wird im Folgenden kurz erläutert.

### 2.1 Verursachung

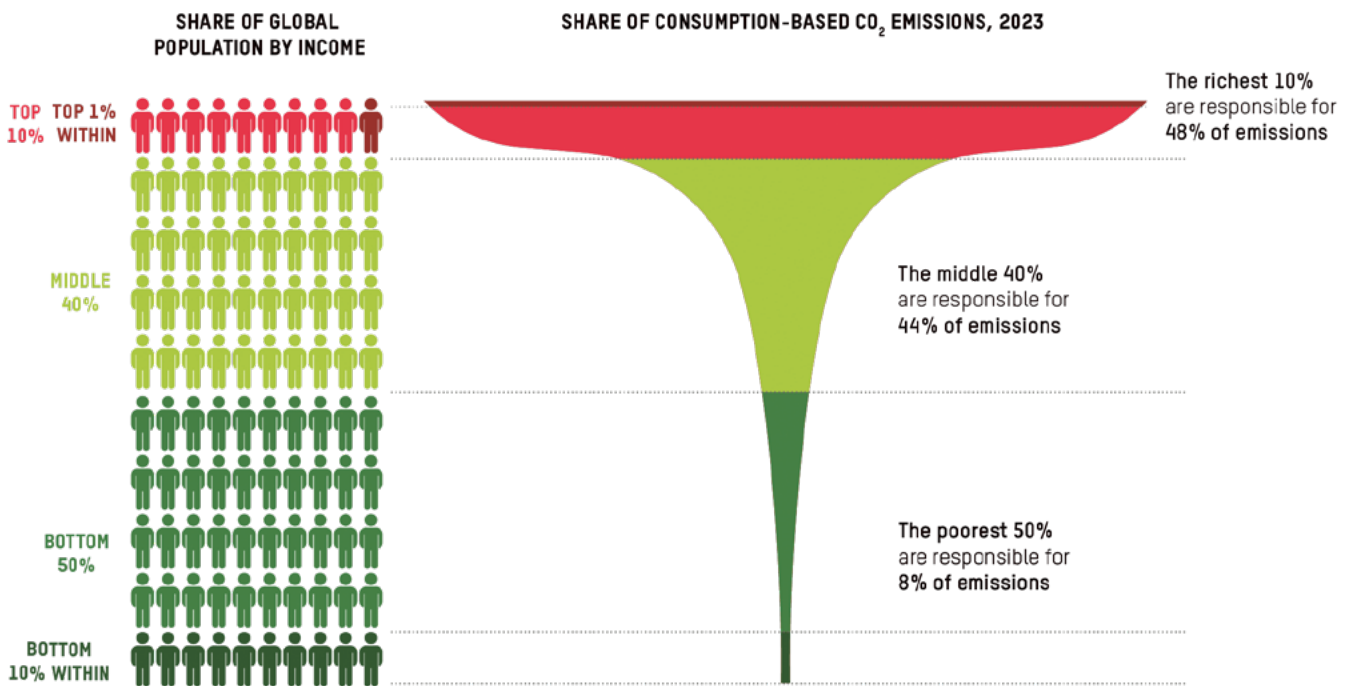
Es ist ein uraltes Rechtsprinzip, dass derjenige, der einen Schaden verursacht, auch für dessen Beseitigung bzw. Wiedergutmachung aufzukommen hat. Diese heute „Verursacherprinzip“ genannte Forderung findet sich der Sache nach schon in einem der ältesten Rechtstexte der Menschheit, dem Codex Hammurabi vor fast 4000 Jahren (Eilers 2009), es findet sich bereits im ersten Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 (Deutscher Bundestag 1971),<sup>4</sup> wird seit 1972 von der OECD gefordert (OECD 1972) und ist Bestandteil der EU-Verträge (EU 2016, AEUV Art. 191). In vielen Bereichen im Zivilrecht hat es sich längst durchgesetzt, wovon diverse Haftpflichtversicherungen zeugen. In Bezug auf Schäden an der Natur ist das aber bis heute kaum der Fall – im Gegenteil, es gibt eine Vielzahl staatlicher Subventionen, die umweltschäd-

<sup>4</sup> Darin wird der Schutz der Naturgrundlagen zu einer öffentlichen Aufgabe erklärt, gleichrangig mit sozialer Sicherheit, Bildungspolitik sowie innerer und äußerer Sicherheit.

liches Verhalten sogar noch fördern. Die Flugbenzin-Steuerermäßigung, das Dienstwagenprivileg und die Pendlerpauschale sind Beispiele dafür. Je weiter beispielsweise mit dem Auto zur Arbeit gependelt wird (was bis heute überwiegend mit Treibhausgas-Emissionen verbunden ist), desto größer ist die staatliche Unterstützung. Derartige Subventionen stehen im direkten Widerspruch zum Verursacherprinzip, denn dafür müsste jeder Verursacher den verursachten Schaden ausgleichen.<sup>5</sup> Doch das geschieht nicht! Die an sich richtige Bepreisung von Treibhausgasemissionen

im Rahmen des Europäischen Emissionshandels wirkt degressiv, das heißt sie trifft die einkommensschwächeren Haushalte überproportional, da deren Wohnungs- und Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen größer sind als bei einkommensstärkeren. Das heißt, diejenigen, die nicht für einen Shopping-Trip nach New York fliegen, sich keine großen Autos oder Häuser leisten können, werden durch einen CO<sub>2</sub>-Preis unverhältnismäßig belastet, obwohl sie einen viel geringeren ökologischen Fußabdruck haben als Wohlhabende.<sup>6</sup>

Abb.2: Die global reichsten 10 % verursachen 50 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Anteil an globalen Emissionen nach Einkommensgruppe (Oxfam 2024, S. 6)



<sup>5</sup> Das Bundesnaturschutzgesetz sagt in §13 dazu: „Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren.“

<sup>6</sup> Vgl. Büchs, Bardsley, Duwe (2011); Wilkinson, Pickett (2024).

Und die Bepreisung von Treibhausgasemissionen betrifft ja nur einen einzigen Aspekt der Umweltschädigung, nämlich den Klimawandel. Es gibt aber, wie oben gesagt, sehr viele andere ökologische Schäden (z. B. den Verlust biologischer Vielfalt oder Stoffeinträge in die Umwelt, wie beispielsweise die „Ewigkeits-Chemikalien“ PFAS). Und für diese gibt es noch keinerlei verursachergerechte Zuschreibung umweltschädlichen Verhaltens.<sup>7</sup> Die durch das gegenwärtige Wirtschaften verursachten Umweltschäden werden also im ganz überwiegenden Maß nicht den Verursachern zugeschrieben. Wer wirtschaftlich sehr erfolgreich war, hat also allein aus diesem Grund schon einen sehr viel größeren „ökologischen Fußabdruck“<sup>8</sup> verursacht als andere. Zugespißt kann man sagen: Reichtum wird ökologisch teuer erkaufte. Das zu sagen hat nichts mit Klassenkampf zu tun, sondern ist schlicht Folge eines „verantwortungslosen Systems“, das der Soziologe Stephan Lessenich die „Externalisierungsgesellschaft“ nennt.<sup>9</sup>

## 2.2 Beeinträchtigungen durch Umweltschäden

Wohlhabendere Menschen haben nicht nur einen größeren ökologischen Fußabdruck, sie sind auch besser in der Lage, sich vor Umweltschäden zu schützen. Sie müssen nicht in Wohnungen mit hohen Immissionsbelastungen an Hauptverkehrsstraßen wohnen, können mehr Geld für gesunde Ernährung ausgeben etc. Sowohl auf der Seite der Verursachung als auch auf der Seite des Erleidens von Umweltbelastungen gibt es also eine direkte Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status. Dieses Missverhältnis widerspricht dem Gedanken der (Umwelt-)Gerechtigkeit – und den gibt es sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen verschiedenen Ländern: Reichere Nationen haben einen sehr viel größeren Anteil an der Schädigung der Ökosysteme als ärmere (Hickel et al. 2022, S. 342–349).<sup>10</sup> Betrachtet man die kumulierten Emissionen seit Beginn der Industrialisierung, so sieht man besonders deutlich, wie groß der Beitrag der Industrienationen zur globalen Erwärmung insgesamt ist.

<sup>7</sup> Das liegt unter anderem daran, dass dies schon konzeptionell sehr viel schwieriger ist. Dem Klima ist es egal, wer wann wo Treibhausgase ausstößt. Hier gibt es aber einen in der Sache sehr einfachen Zusammenhang zwischen Ursache (Emissionen) und Wirkung (Klimaveränderung). Das ist bei den anderen planetaren Grenzen sehr viel schwieriger, weil die ökologischen Schäden sich oft aus der Kombination vieler Faktoren ergeben. Und in die Verantwortung können auch nur die Menschen genommen werden, denen eine entsprechende Verursachung auch nachgewiesen werden kann. Verantwortung setzt einen Handlungseinfluss und die Freiheit zum alternativen Handeln voraus (vgl. Höffe 1994, S. 126–145).

<sup>8</sup> Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks wurde von Mathis Wackernagel und William Rees in den frühen 1990er Jahren entwickelt und ist heute ein international anerkanntes Instrument zur Messung und Visualisierung des Ressourcenbedarfs von Haushalten, Gemeinden, Regionen und Nationen. Es übersetzt komplexe Konzepte wie Tragfähigkeit, Ressourcennutzung und Abfallentsorgung in eine leicht verständliche Grafik (Global Footprint Network 2025).

<sup>9</sup> Stephan Lessenich hält eine solche Externalisierung von Kosten sogar für ein durchgängiges Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft (vgl. Lessenich 2016). Ähnlich argumentiert schon Kapp (1950).

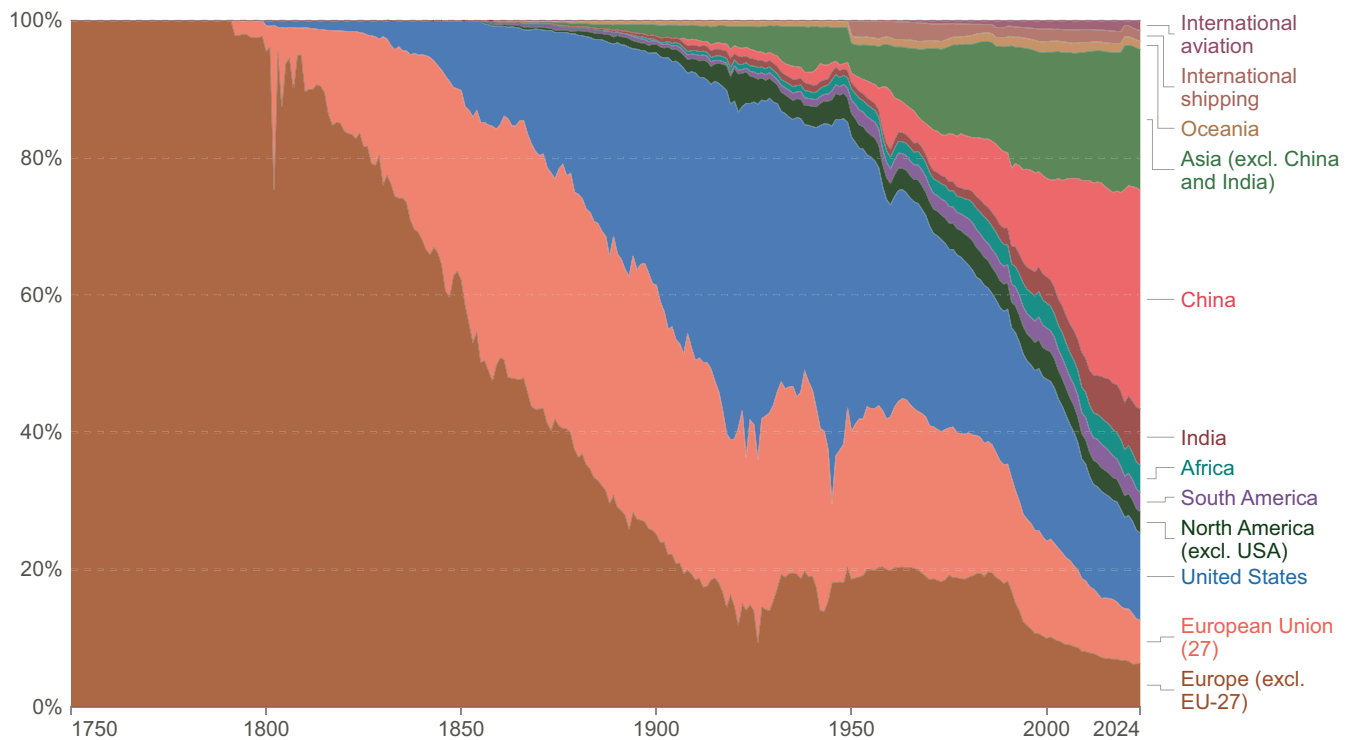
<sup>10</sup> Vgl. auch Hennis et al. (2025, S. 13): „In ungleichen Gesellschaften wie in Deutschland gibt es besonders einkommens- und vermögensstarke Hauptverursachende und viele Hauptleidtragende von Umweltschäden und Umweltzerstörung. Und das gilt erst recht im Weltmaßstab für das Verhältnis vom reichen globalen Norden (einer Minderheit der Weltbevölkerung) zum ausgebeuteten globalen Süden (der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung).“

Ein konkretes Beispiel verdeutlicht das globale Ungleichgewicht: Zwischen 1750 und 2023 hat Deutschland etwa 95 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert und der Südsudan im selben Zeitraum nur etwa 43 Millionen Tonnen. Das ist weniger als ein halbes Promille der deutschen Emissionen. Zugleich ist der Südsudan, wie viele Regionen im südlichen Afrika, schon heute weitaus stärker betroffen als Europa.<sup>11</sup> Die dramatischen Veränderungen im südlichen Afrika werden Folgen haben. Die Weltbank schätzt, dass in den nächsten 25 Jahren allein in Afrika südlich der Sahara 50 Millionen Menschen aufgrund klimatischer Veränderungen ihr Zuhause verlassen müssen (Weltbank 2021, S. xxii).

**2.3 Akzeptanz**

Umweltschutzmaßnahmen stoßen auf geringere Akzeptanz, wenn ihre Kosten nicht nach dem Maß der Verursachung verteilt werden, sondern alle gleichermaßen treffen. Wird zum Beispiel ein CO<sub>2</sub>-Preis oder eine Rohstoffabgabe eingeführt, belastet das im Verhältnis zum Haushaltseinkommen ärmere Menschen deutlich mehr als wohlhabendere. Wird bei derartigen Abgaben nicht zugleich für einen sozialen Ausgleich gesorgt, werden viele Menschen die entsprechenden Maßnahmen als ungerecht empfinden und ablehnen.

Abb.3: Emissionen aus fossilen Brennstoffen und der Industrie (nicht enthalten sind Emissionen aus Landnutzungsänderungen. Internationaler Luft- und Schiffsverkehr werden als separate Einheiten berücksichtigt, da sie in den Emissionsdaten keines Landes enthalten sind), <https://ourworldindata.org/co2-emissions>, Zugriff 18.12.2025



Data source: Global Carbon Budget (2025)

OurWorldinData.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions | CC BY

<sup>11</sup> Vgl. die BUND Position 64 zur Klimagerechtigkeit. Sie betont, dass das Verursacherprinzip die historische Verantwortung für in der jüngeren Vergangenheit ausgestoßene Emissionen einschließt, die oft jahrhundertlang in der Atmosphäre bleiben (BUND 2019).

Ökologische Politik ist Politik für alle, nicht nur für eine Gruppe und schon gar nicht für die gesellschaftlich Bessergestellten – und sie darf auch nicht so erscheinen. Wenn Menschen mit geringem Einkommen oder wenig Handlungsspielraum für Umwelt- und Klimaschutz überproportional aufkommen müssen, ohne dass dies durch soziale Ausgleichsmechanismen kompensiert wird, gefährdet das nicht nur die gesellschaftliche Akzeptanz ökologischer Maßnahmen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft – und es verschlechtert die Lebensqualität ohnehin schon finanziell benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Neben marktwirtschaftlicher Steuerung braucht es auch ordnungspolitische Maßnahmen, um Gemeinwohlinteressen verbindlich zu sichern (BUND 2015). So braucht es beispielsweise klare Regeln, um dem Umgang mit gefährlichen Stoffen (vgl. die der Bundesimmissionsschutzverordnung oder Arbeitsschutzmaßnahmen) oder die Belastungen durch Stoffeinträge in die Umweltmedien zu regulieren. Notwendig sind auch Vorgaben für Abmessungen und Gewicht von Fahrzeugen, für Verbräuche von Haushaltsgeräten, Pestiziden, Düngemitteln, Antibiotika, für die Flächeninanspruchnahme etc. Solche Vorgaben weisen der Energie- und Ressourcenwende den Weg. Sie haben zugleich den Vorteil der Fairness: Ein Tempolimit ist sozial gerecht, es betrifft alle gleichermaßen.

In allen Fällen ist es für die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend, dass gesetzeskonformes Verhalten auch von allen Akteuren gefordert wird – und Verstöße dagegen nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten geahndet werden. Wer mit einem teuren Sportwagen die zulässige Geschwindigkeit überschreitet, zahlt in Deutschland dasselbe wie jeder andere. Ganz anders in der Schweiz. Dort wird bei der Ahndung die finanzielle Situation des Verkehrssünder berücksichtigt und die Strafe nach Tagessätzen des Einkommens berechnet. Ein sehr vermögender Autofahrer wurde 2025 für zu schnelles Fahren innerorts (77 km/h statt 50 km/h) zu einer Geldstrafe von insgesamt 95.000 Franken verurteilt. In Deutschland hätte ihn diese Übertretung 180,- Euro gekostet.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Motor Presse 2025

Die vergleichsweise geringen Strafen bei Umweldelikten führen in Verbindung mit dem oft relativ geringen Risiko entdeckt zu werden dazu, dass die Zahlung von Bußgeldern oder Strafen bewusst in Kauf genommen wird. Deshalb wird schon seit langem an vielen Stellen weltweit eine härtere Sanktionierung von Umweldelikten gefordert.<sup>13</sup> Denn schwindet die gesellschaftliche Akzeptanz für staatliche Maßnahmen zum Umwelt- und Naturschutz, weil sie dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen widersprechen, haben Populisten leichtes Spiel, die staatliche Eingriffe als Gängelung oder Bevormundung diffamieren, obwohl kein Gemeinwesen ohne verbindliche und durchsetzbare Regeln funktionieren kann. Wir brauchen deshalb eine Politik der Umweltgerechtigkeit, die sowohl die vermehrte Umweltschädigung durch die finanziell Bessergestellten verringert als auch schlechter gestellte Menschen vor Beeinträchtigungen durch Umweltbelastungen schützt und für einen sozialen Ausgleich sorgt.

Zudem haben sozialwissenschaftliche Studien gezeigt, dass Gesellschaften mit geringeren Ungleichheiten nachweislich bessere Gesundheit, weniger Gewalt und Drogenmissbrauch, höhere Zufriedenheit, bessere schulische Leistungen, größeres Vertrauen und stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen als ungleiche – was entscheidende Voraussetzungen auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation sind (Wilkinson & Pickett 2024).

## 2.4 Fehlende Möglichkeiten

Moralisierung und Scheinheiligkeit werden befeuert, wenn Natur- und Umweltschutz in erster Linie als eine Frage des persönlichen, gar individuellen Verhaltens betrachtet wird. Je größer der moralische Druck auf Einzelne, statt auf die eigentlichen Verursacher, desto eher wird dieser auch Scheinheiligkeit produzieren. Das gilt besonders, wenn institutionelle und strukturelle Veränderungen das individuelle Verhalten gar

<sup>13</sup> Vgl. Berg 2020, S. 85–88 (darin auch weitere Quellen). Es hat sich gezeigt, dass eine striktere Strafverfolgung zu besserem umweltgerechten Verhalten von Unternehmen führt (vgl. Liu et al. 2024). Auch die EU Crime Directive von 2024 kann als ein Versuch angesehen werden, durch härtere Sanktionierung von Umweldelikten mehr umweltgesetzeskonformes Verhalten zu erreichen, vgl. Faure (2024).

nicht ermöglichen bzw. zumindest unterstützen. Auf das Auto zu verzichten und stattdessen den ÖPNV zu nutzen, ist nur dort möglich, wo es einen hinreichend guten ÖPNV gibt. In vielen ländlichen Regionen kann davon keine Rede sein. Und der Hinweis, dass man dann doch wenigstens mit einem Elektroauto fahren sollte, wird bei Menschen geringeren Einkommens in strukturschwachen Regionen ohne ausreichende Ladeinfrastruktur eher als Zynismus arroganter Großstadteliten wahrgenommen werden denn als ein Rat, dem man wirklich folgen könnte. Der regulatorische Eingriff oder die finanziellen Anreize z. B. hin zu klimafreundlicherem Verhalten oder geringerem Verbrauch materieller Ressourcen braucht die infrastrukturellen Möglichkeiten dazu. Umweltbewusstes Handeln muss einfacher und preiswerter sein als umweltschädigendes Verhalten.

### **2.5 Suffizienz als politische Aufgabe – für Produktion und Konsum**

Um Ressourcen zu schützen und die Natur möglichst wenig zu belasten, braucht es neben Effizienz – also technologischen Verbesserungen im Ressourceneinsatz – und Konsistenz – also naturverträglichen Stoff- und Energieströmen – eine dritte, gleichrangige Strategie: Suffizienz. Sie fragt nach dem rechten Maß von Produktion und Konsum.

Suffizienz bedeutet nicht Verzicht, sondern das Wiedergewinnen von Maß, Mäßigung und Balance. Der Begriff geht auf das lateinische *sufficere* zurück, was so viel heißt wie ausreichen, genügen, imstande sein (Stowasser 1979, S. 442). Damit ist Suffizienz die Fähigkeit, mit dem auszukommen, was ein gutes Leben ermöglicht – ohne die Lebensgrundlagen anderer Menschen oder künftiger Generationen zu gefährden (vgl. Linz 2004). In einer konsumorientierten Gesellschaft wird Suffizienz jedoch häufig missverstanden – als Forderung nach Einschränkung. Tatsächlich zielt sie auf Befreiung: von Wachstumszwängen, Überfluss und sozialem Druck des Wettbewerbs, Vergleichens etc. Eine Politik der Suffizienz bedeutet, Lebensqualität neu zu definieren – nicht als „mehr haben“, sondern als „gut leben“. Damit ist Suffizienz ein zutiefst soziales Konzept: Sie schafft Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen, Raum, Zeit und Teilhabe. Und zugleich ein zutiefst ökologisches,

indem sie die Grundursachen ökologischer Krisen adressiert.

Denn die derzeitige „imperiale Lebensweise“ beruht auf einem überproportionalen Ressourcenverbrauch Weniger und führt zu ökologischer Zerstörung und sozialer Spaltung (Brand, Wissen 2017). Menschen mit geringem Einkommen haben kaum Möglichkeiten, ressourcenschonend zu leben – nicht, weil sie es nicht wollten, sondern weil die Strukturen es erschweren: fehlender öffentlicher Nahverkehr, hohe Energiepreise, unerschwinglicher Wohnraum, kurzlebige Produkte. Suffizienz kann daher nicht nur individuell verwirklicht werden. Sie ist nicht primär eine moralische Tugend, sondern eine politische Gestaltungsaufgabe.

Eine suffizienzorientierte Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die ressourcenschonendes Verhalten ermöglichen und attraktiv machen: kurze Wege, bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, langlebige und reparierbare Produkte, gemeinschaftliche Nutzungskonzepte, faire Energiepreise und die Förderung nicht-materieller Lebensqualität. Nur so wird ressourcensparendes Verhalten zur bequemen und selbstverständlichen Normalität (SRU 2024; WBGU 2011).

Suffizienz bedeutet damit auch Gerechtigkeit durch Ermöglichung: Nur wer die strukturellen Voraussetzungen hat, kann nachhaltig leben. Eine Politik, die Suffizienz fördert, stärkt also soziale Teilhabe und ökologische Verantwortung zugleich. Sie schafft gerechtere Lebensverhältnisse und verringert den Druck, ständig wachsen, besitzen und konkurrieren zu müssen.<sup>14</sup> Sie verbindet Ökologie und soziale Gerechtigkeit auf exemplarische Weise, weil sie die natürlichen Grenzen respektiert und den Menschen vom Zwang zur permanenten Steigerung befreit. Eine sozial-ökologische Transformation, die Suffizienz ernst nimmt, fragt deshalb nicht nur, wie und wieviel wir produzieren und konsumieren können, sondern vor allem, was wir brauchen, um gut und gerecht leben zu können.

<sup>14</sup>Vgl. dazu auch Sachs (1993).

### 3. Beispielhafte Handlungsfelder, Arenen der Veränderungen

#### 3.1 Ziele nachhaltigen Wirtschaftens als doppelte Verantwortung: für Mensch und Natur

Der Schutz der Natur um ihrer selbst willen (Naturschutz), und als Lebensgrundlage der Menschen (Umweltschutz) müssen sich, wie jedes menschliche Handeln, an den Leitplanken der planetaren Grenzen und den SDGs orientieren. Das muss insbesondere auch das zentrale Ziel für jegliches Wirtschaften sein.

Wirtschaftspolitik kann in einer „vollen Welt“<sup>15</sup> in den wohlhabenden Ländern nicht mehr auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sein. Wirtschaft darf daher nicht an Wachstum, Profit oder kurzfristige Effizienzgewinne gebunden sein. Ihr Ziel muss vielmehr sein, Wohlstand innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen für alle zu schaffen. Grundlage für die Befähigung eines jeden Menschen ist der Zugang zu den Lebensgrundlagen im Kontext ihrer jeweiligen Gesellschaft, d.h. Teilhabe und die Einbettung in ein funktionierendes Ökosystem der Erde, mit sauberer Luft, Nahrung und Wasser.

Eine Wirtschaft, die soziale Ungleichheit vertieft, oder, wie es Papst Franziskus formulierte, sogar tötet (Franziskus 2013, S. 45), oder den Naturverbrauch immer weiter steigert, verletzt die Grundprinzipien nachhaltiger Entwicklung.

Die Art und Weise, wie wir uns als Gesellschaft zur Natur verhalten, ist dabei zentral. Die Natur ist nicht nur Kulisse oder Ressourcendepot, sondern als Grundlage allen Lebens zu respektieren – sie ist physische Realität und zugleich kulturell und sozial geprägt. Wie wir sie wahrnehmen, nutzen und schützen, hängt von gesellschaftlichen Strukturen, Machtverhältnissen und Wertvorstellungen ab. Soziale Ungleichheit übersetzt sich auch in ungleiche Möglichkeiten, sich an Veränderungen zu beteiligen (Spangenberg 2026).

Aus der sozial ungleichen Verteilung von Verursachung von Umweltschäden und der Beeinträchtigung durch dieselben ergibt sich für eine sozial-ökologische Transformation die Herausforderung, den konsequenten Abbau von Hunger, Armut und extremer Ungleichheit der Lebensbedingungen mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und künftige Generationen zu verbinden. Beide Ziele bedingen einander. Ohne sozialen Ausgleich verliert Umweltpolitik ihre Legitimation; ohne ökologische Grenzen verliert Sozialpolitik ihre Grundlage (Sachverständigenkommission 2025, S. 37).

Dieser Wandel braucht einen klaren normativen Rahmen: Er muss die Werte der Aufklärung – Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und Teilhabe am Fortschritt für alle Menschen – mit ökologischer Verantwortung verbinden. Der Umbau zu einer ressourcenschonenden, klimaneutralen und sozial gerechten Wirtschaftsweise, kurz: zu einer Wirtschaftsweise, die im Einklang mit Mensch und Natur steht, ist damit nicht nur eine technologische, sondern ebenso eine kulturelle und politische Aufgabe. Er sichert zugleich das Erbe der Aufklärung, denn Freiheit, Gleichheit und Teilhabe sind in einer zerstörten Natur undenkbar.

Wenn also ökologische und soziale Fragen konsequent zu verbinden sind, dann muss auch das bisherige Instrumentarium der Natur- und Umweltschutzpolitik, der gesamte „Politikmix“ auf den Prüfstand gestellt werden hinsichtlich der Frage, „ob und inwieweit er bestehende soziale Ungleichheit verstärkt oder ob er möglicherweise hilft, Ungleichheit abzubauen“ (Hennicke et al. 2025, S. 23). Gleichzeitig gilt es, die bisherige Politik in den Bereichen Soziales, Arbeitsmarkt- und Wirtschaft auf den ökologischen Prüfstand zu stellen.

#### 3.2 Exemplarische Handlungsfelder sozial-ökologischer Transformation

Die Geschichte der Menschheit ist stets von technischen Innovationen geprägt gewesen.<sup>16</sup> Heute stehen wir vor der Aufgabe, dass nicht mehr das

<sup>15</sup>Zur Unterscheidung „volle“ versus „leere Welt“ siehe Daly 2015.

<sup>16</sup>Schäfers (2016, S. XV) spricht in Anlehnung an Hobsbawm davon, dass die industrielle Revolution von einer politisch-sozialen Revolution begleitet gewesen wäre, die in der Französischen Revolution 1789 ihren Höhepunkt erreicht hätte.

technisch Machbare, sondern das ökologisch und sozial verantwortbare Richtschnur technischer Entwicklung werden muss. Neue Technologien dürfen nicht weitere Konsumsteigerungen hervorrufen, sondern haben sich an den planetaren Leitplanken zu orientieren. Das erfordert auch soziale Innovationen und veränderte Institutionen<sup>17</sup>.

Zentrale Handlungsfelder für eine sozial-ökologische Transformation sind der Umgang mit Ressourcen und Energie, Mobilität und die räumliche Gestaltung von Städten, z. B. beim Wohnraum. Aber auch in der Ernährung und deren Erzeugung werden wir Veränderungen einführen müssen, wenn demnächst 9 Milliarden Menschen mit gesunden Lebensmitteln in den planetaren Grenzen versorgt werden müssen. An ihnen lässt sich das Zusammenspiel von ökologischer und sozialer Dimension gut veranschaulichen. Hier wird erfahrbar, ob ökologische Politik zugleich sozial gerecht gestaltet wird – oder ob sie bestehende Ungleichheiten vertieft.

### 3.2.1 Ressourcenwende – Vom linearen zum zirkulären Wirtschaften

Der Umgang mit natürlichen Ressourcen gehört zu den zentralen Treibern der ökologischen Krisen unserer Zeit. Nach Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen gehen rund die Hälfte der globalen Treibhausgas-

emissionen und über 90 Prozent des Verlusts biologischer Vielfalt auf die Bereitstellung und Nutzung von Materialien zurück (UNEP 2019). Der weltweite Rohstoffverbrauch hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht – vor allem in den wohlhabenden Volkswirtschaften des globalen Nordens (UBA 2023).

Etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 80 Prozent der globalen Ressourcen, während viele Menschen im globalen Süden unter den Folgen des Abbaus leiden – unter zerstörten Landschaften, verschmutztem Wasser, gefährlichen Arbeitsbedingungen und fehlender Mitbestimmung. Länder wie Chile, die Demokratische Republik Kongo oder Indonesien werden so zu „Rohstofflieferanten“ für die industrielle Wertschöpfung des Nordens, meist ohne faire Beteiligung an den wirtschaftlichen Erträgen (WBGU 2011; BMUV 2024).

Dieses Ungleichgewicht verweist auf das tieferliegende Problem unserer „imperialen Lebensweise“. Denn das Funktionieren westlicher Gesellschaften beruht auf der massiven Ausbeutung von Ressourcen. Und um den hohen materiellen Wohlstand aufzubauen und zu sichern, wurden durch Kolonialismus und Neokolonialismus zusätzliche Versorgungsquellen erschlossen, zu Lasten der Menschen und der Ökosysteme anderer Weltregionen. Dieses Modell kommt an sein Ende – allein schon aus physischer Notwendigkeit, weil wichtige Rohstoffe erschöpft sind, aber auch weil geopolitische Abhängigkeiten dies erfordern.<sup>18</sup> Reichtum schaffen auf Kosten der Entwicklungschancen anderer ist ein Auslaufmodell – wir stehen an einem Scheideweg zwischen Ressourcenimperialismus und suffizienter Kreislaufwirtschaft.

Die grundlegenden Produktions- und Konsummuster müssen sich lösen von der linearen Logik des „Nehmen – Nutzen – Wegwerfen“ hin zu einem System, das Erhaltung, Reparatur, Wiederverwendung und Recycling zur Regel macht. Hierfür brauchen wir verlässliche politische Rahmenbedingungen: ein Ressourcenschutz-

<sup>17</sup> „Eine Institution ist eine etablierte und dauerhafte Organisation oder Struktur in einer Gesellschaft. Sie folgt bestimmten Regeln und Normen und dient einem bestimmten Zweck, wie z. B. Bildung, Rechtsprechung oder Gesundheitsversorgung. Institutionen prägen das Zusammenleben und Verhalten der Menschen und tragen zur Stabilität und Ordnung einer Gesellschaft bei. Beispiele sind Schulen, Gerichte, Parlamente oder auch die Ehe.“ (<https://kurz.wortbedeutung.info/Institution/>, am 30.11.25 eingesehen). „Unter politischen Institutionen im engeren Sinne versteht man den Staat mit Regierung (Staatsoberhaupt, Kabinette, Ministerien), Parlament, Verwaltung sowie föderative und kommunale Einrichtungen.... Zu den politischen Institutionen im weiteren Sinne zählen gesellschaftliche Organisationen wie Parteien, Verbände und Massenmedien, aber auch z. B. die Verfassung, die Gesetze, Wahlen oder das Mehrheitsprinzip.... Institutionen sind von Menschen gemacht und sie lassen sich daher auch von Menschen verändern, z. B. wenn die Institutionen ihre Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen. Politische Institutionen dienen der Verwirklichung von Interessen Einzelner und von gesellschaftlichen Gruppen und werden mit Hilfe von Macht und Herrschaft durchgesetzt.“ (Massing 2015)

<sup>18</sup> Dabei sollte die Überwindung der Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern nicht zu neuen Abhängigkeiten führen.

gesetzt mit verbindlichen Reduktionszielen, den Abbau umweltschädlicher Subventionen und die konsequente Förderung ressourcen-effizienter Geschäftsmodelle (vgl. BUND Position 74; Rat für Nachhaltige Entwicklung 2023; UBA 2025).

Soziale Gerechtigkeit spielt in diesem Wandel eine doppelte Rolle. Zum einen sind ressourcenschonende Produkte, langlebige Geräte oder Reparaturen oft teurer – Menschen mit geringem Einkommen werden dadurch strukturell benachteiligt, denn sie müssen mit Billigprodukten Vorlieb nehmen, die aufgrund ihrer Kurzlebigkeit auf die Dauer meist teurer sind. Zum anderen kann die Transformation selbst neue Chancen schaffen: durch regionale Wertschöpfung, industrielle zirkuläre Wertschöpfungsketten, lokale handwerksbasierte Reparatur- und Wiederverwendungsinitiativen oder durch genossenschaftliche Produktionsformen. Eine sozial gerechte Ressourcenwende muss diese Potenziale bewusst fördern, die Produktion zum Teil auch wieder in die Regionen integrieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten des Wandels nicht auf die Schwächeren abgewälzt werden (Gschwendner et al. 2025)

Gerade das soziale Potenzial der Kreislaufwirtschaft – wie soziale Inklusion, sozialer Zusammenhalt, die Fokussierung auf das Gemeinwohl und demokratischer Innovation, verdienen größere Aufmerksamkeit. Denn eine zirkuläre Wirtschaft ist nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein gesellschaftliches Transformationsprojekt. Besonders sozial ausgerichtete Unternehmen der zirkulären Wirtschaft zeigen, wie Ressourcenschonung und Gemeinwohl zusammengehen können. Eine Studie zeigt: Ein großer Teil von Start-ups verbindet Kreislaufstrategien mit sozialem Nutzen – sie schaffen lokale Wertschöpfung, stärken Teilhabe und fördern Reparatur, Wiederverwendung und gemeinschaftliche Nutzung. Dennoch wird dieser soziale Mehrwert in der aktuellen Förderpolitik kaum berücksichtigt. Für eine konsequente Ressourcenwende braucht es deshalb Rahmenbedingungen, die soziale Innovationen sichtbar machen und gezielt unterstützen. Kreislaufwirtschaft muss nicht nur Materialströme schließen, sondern auch gesellschaftliche Chancen zu Veränderungen in Institutionen eröffnen (Gschwendner et al. 2025).

Auf internationaler Ebene darf Europas Abhängigkeit von kritischen Importrohstoffen nicht durch neue Abhängigkeitsverhältnisse ersetzt werden, weshalb eine konsequente Kreislaufwirtschaft nicht nur ein ökologischer, sondern zunehmend auch ein sicherheits-politischer Imperativ wird. Zudem braucht es faire Lieferketten, transparente Kontrollen und eine Stärkung lokaler Wertschöpfung im globalen Süden. Die internationale Zusammenarbeit sollte auf technologische Kooperation, Wissensaustausch und die gemeinsame Förderung nachhaltiger Rohstoffstrategien ausgerichtet sein (BMZ 2023).

Wohlstand ist nicht mehr zu verstehen als stetige Steigerung des materiellen Konsums, sondern als gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen. Dazu gehören Lebensstile, die auf Dauer angelegt, gemeinschaftsorientiert und genügsam sind. Die Ressourcenwende trifft sich hier mit Gedanken zum Post-Wachstum. Denn die Kerngedanken einer Postwachstums-Gesellschaft umfassen die Reduktion des Stoffwechsels und damit die Reduktion von Produktion und Konsum (Suffizienz), das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und gutem Leben sowie Institutionen und Infrastrukturen, die nicht auf permanentes Wachstum angewiesen sind (vgl. Schmelzer, Vetter 2021, S. 159). Eine konsequente Ressourcenwende ist damit nicht nur ein technisches oder wirtschaftliches Projekt, sondern ein gesellschaftliches Zukunftsversprechen: Sie bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Teilhabe und mehr sozial-ökologische Demokratie, weil sie die Verfügung über die natürlichen Lebensgrundlagen gerechter verteilt und Menschen zu aktiven Gestalterinnen und Gestaltern des Wandels macht.

### 3.2.2 Energiewende – Gerecht, naturverträglich und dezentral

Die Energiewende ist weit mehr als eine technische Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien. Sie ist ein gesellschaftliches Projekt, das tief in Alltagsleben, Arbeitsmärkte und regionale Entwicklung eingreift. Ihr Gelingen hängt nicht nur, vielleicht nicht einmal primär an bestimmten Technologien, sondern sie hängt entscheidend davon ab, ob sie gerecht gestaltet wird (BUND 2017, S. 12ff).

Soziale Fragen stellen sich hier in mehrfacher Hinsicht: Wer trägt die Kosten des Umbaus? Wer profitiert von staatlichen Förderprogrammen? Und wer bleibt außen vor? Heute profitieren vor allem jene, die Eigentum besitzen – etwa durch Subventionen für E-Autos, Photovoltaikanlagen oder Wärmepumpen, die für Menschen mit geringem Einkommen aus verschiedenen Gründen oft gar nicht möglich sind. Es gilt deshalb, gemeinschaftliche Energieprojekte (z. B. Energiegenossenschaften) gezielt zu fördern, Umbaukosten fair zu verteilen, Energiepreise sozial abzufedern und der Energieeinsparung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Energiepolitik darf nicht nur auf technologische Lösungen setzen, sondern muss soziale Innovationen und Mitbestimmung fördern – damit alle Menschen die Chance haben, Teil der Transformation zu sein.

Eine gelingende Energiewende bedeutet nicht nur Umbau nationaler Energieinfrastrukturen, sondern auch einen Beitrag zur globalen Dekarbonisierung zu leisten. Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung, denn es hat über Jahrzehnte überproportional Treibhausgase emittiert (s. Abschnitt 2.2.) Die Politik ist gefordert, schneller und entschiedener zu handeln (SRU 2024b, S. 6). Klimagerechtigkeit verlangt, dass der Umbau unserer Energieversorgung nicht zu neuen Abhängigkeiten oder Belastungen im globalen Süden führt – etwa durch Rohstoffabbau unter prekären Bedingungen oder den Export sozialer und ökologischer Kosten. Eine sozial gerechte Dekarbonisierung erfordert die enge Verbindung von ökologischer Verantwortung, internationaler Solidarität und sozialer Ausgleichspolitik. Die Transformation muss global anschlussfähig sein – sie darf nicht auf Kosten anderer Regionen erfolgen, sondern sollte ihnen neue Entwicklungsspielräume eröffnen.

Zugleich muss die Energiewende auch auf der Nachfrageseite ansetzen: Nur wenn Energieverbrauch und Ressourcenbedarf insgesamt sinken, kann eine naturverträgliche Versorgung mit erneuerbaren Energien gelingen. Suffizienz zielt hier auf Lebensstile, Infrastrukturen und politische Rahmenbedingungen, die es erleichtern, mit weniger Energie mehr Lebensqualität zu erreichen. Damit wird deutlich: Die gerechte Energiewende ist nicht allein ein technisches Projekt, sondern eine gesellschaftliche Neu-

orientierung – hin zu einem solidarischen, sparsamen und zukunftsfähigen Umgang mit Energie.

### 3.2.3 Mobilitätswende – Zugang und Teilhabe sichern

Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – sei es für Arbeit, Bildung, Kultur oder soziale Kontakte. Doch das heutige Verkehrssystem verstärkt soziale Spaltungen: Wer sich kein Auto leisten kann und auf dem Land lebt, ist wegen schlechter ÖPNV-Anbindung oft ausgeschlossen. In den Städten wiederum belasten Lärm, Abgase und Staus vor allem jene Menschen, die ohnehin wenig Spielraum haben, denn Ärmere wohnen oft an stark belasteten Straßen, weil die Mieten dort günstiger sind.

Eine sozial-ökologische Verkehrswende muss deshalb zwei Ziele verbinden: Mobilität für alle erschwinglich, barrierefrei und verlässlich machen und gleichzeitig den ökologischen Fußabdruck des Verkehrs senken – durch Senkung der Emissionen von Treibhausgasen und Feinstaub, durch geringere Lärmbelastungen und bessere Flächennutzung über alle Mobilitätsformen hinweg. Dazu braucht es massive Investitionen in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sichere Rad- und Fußwege. Öffentliche Verkehrsmittel sind Teil der Daseinsvorsorge und sollten entsprechend vom Staat bereitgestellt und auch von Unternehmen unterstützt werden, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Für Menschen mit geringem Einkommen sollte es kostenfreie oder stark vergünstigte Angebote geben. Der Vorrang des Umweltverbundes und eine bessere Anbindung strukturschwacher Regionen an den ÖPNV sind kontroverse politische Aufgaben, ohne deren Lösung die Mobilitätswende aber nicht gelingen wird. Wichtig ist zudem, die Mobilitätswende sektorübergreifend zu adressieren, also unterschiedliche Politikbereiche zu verbinden. Energiepolitik mit ihrer Kopplung der Sektoren Wärme und Strom muss mit Siedlungs- und Raumplanungspolitik auf mehreren politischen Ebenen verzahnt werden.

Die Wende gelingt nur, wenn sie als gesellschaftliches Modernisierungsprojekt verstanden wird – nicht als Verzicht, sondern als Gewinn an Lebensqualität. Weniger motorisierter Individual-

verkehr bedeutet mehr Platz, weniger Lärm, sauberere Luft und sicherere Städte. Gleichzeitig muss der Wandel sozial begleitet und Konflikte müssen durch kluge Aushandlungsprozesse beigelegt werden.<sup>19</sup> Beschäftigte in der Auto-industrie brauchen Perspektiven und Weiterbildung für neue Mobilitätsangebote, Kommunen Unterstützung beim Ausbau von Infrastruktur.<sup>20</sup>

### 3.2.4 Urbane Wende – Städte gerecht gestalten<sup>21</sup>

Heute leben weltweit bereits knapp 60 % der Menschen in Städten, 2050 werden es knapp 70 % sein (Weltbank 2025). Städte sind Zentren des Wandels – hier entscheidet sich, ob Nachhaltigkeit konkret wird. Und bisher sind Städte nicht nachhaltig: Würde die Stadtentwicklung nach den Modellen der ressourcen- und emissionsintensiven urbanen Zentren der vergangenen zwei Jahrhunderte weiterverfolgt werden, würden die planetaren Grenzen rasant weiter überschritten werden. Gerade an den sog. „Mega-Citys“ lässt sich feststellen, dass Verkehrsinfarkte und starke Luftbelastungen, Verknappung des Grundwassers und massive Nutzung bzw. Versiegelung fruchtbarer Landflächen das Leben in diesen Städten zunehmend vor Belastungsproben stellen. Der WBGU fordert deshalb: „Die Ausbreitung der konventionellen Urbanisierung im globalen Maßstab muss also gestoppt werden“ (WBGU 2016, S. 2).

Zugleich sind Städte seit jeher Orte der kulturellen und sozialen Innovation gewesen. Gesellschaftliche Trends, soziale Innovationen, Wertewandel oder neue Lebensformen – das alles nimmt in den Städten seinen Ausgang. Der urbane Raum ist deshalb zentral für die Erreichung der Klima- und Ressourcenwende.<sup>22</sup> In Städten laufen die diversen Wendungen zusammen: Wohlstands-, Energie-, Ressourcen-, Mobilitäts-

und Ernährungswende (Schneidewind 2019, S. 261). Zugleich verschärfen sich in Städten die sozialen Gegensätze: hohe Mieten, knapper Wohnraum, ungleiche Zugänge zu Grünflächen und Verkehr. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss deshalb ökologische und soziale Ziele gemeinsam verfolgen: kompakt bauen statt zersiedeln, Flächen entsiegeln, klimafreundlich sanieren und zugleich bezahlbaren Wohnraum sichern. Öffentliche Räume müssen Orte sozialer Begegnung und nicht der Verdrängung sein.

Gerade in Städten kann sichtbar werden, wie sozial gerechter Klimaschutz funktioniert – wenn etwa Dächer für gemeinschaftliche Solaranlagen genutzt, Innenhöfe begrünt, Straßenräume für alle geöffnet und lokale Beteiligungsverfahren gestärkt werden. Eine sozial-ökologische Stadtpolitik braucht Mut zur Umverteilung: weniger Flächen für Autos, mehr für Menschen und kühlendes Grün. Damit das geschieht, sind neue Regeln der Stadtentwicklungsplanung (andere Raum- und Flächennutzungspläne, Bauordnungen, Infrastrukturplanungen etc.) notwendig und vor allem die Sicherstellung der Finanzierung. Der schon lange und oft geforderte Abbau umweltschädlicher Subventionen (knapp 60 Mrd. Euro jedes Jahr!) könnte hier wichtige Mittel bereitstellen.

### 3.2.5 Ernährungswende – gerecht, pflanzenbent, regenerativ

Unsere Ernährungssysteme (Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Verpackung und Transporte, Konsum und Entsorgung etc.) gehören zu den größten Treibern der ökologischen Krisen. Sie befeuern das Überschreiten mehrerer planetarer Grenzen – den Verlust biologischer Vielfalt, die Stickstoff- und Phosphoreinträge, den Wasserverbrauch und Landnutzungsänderungen – alles zusammen verursacht gut ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen (OurWorld in Data 2025). Ohne eine grundlegende Landwirtschafts- und Ernährungswende wird weder die Klimakrise noch der Verlust der Artenvielfalt zu stoppen sein. Selbst eine erfolgreiche Energiewende reicht nicht aus: Wenn vor allem die industrialisierte Welt so weitermacht, verhindert allein das Lebensmittelsystem das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels (The EAT–Lancet Commission 2025).

<sup>19</sup> Uwe Schneidewind nennt 8 Dilemmata der Mobilitätswende, u. a. das zwischen ökologischer Notwendigkeit und ökonomischen Folgen, zwischen notwendiger Veränderungsgeschwindigkeit und Pfadabhängigkeiten und das zwischen ökologischer Effektivität und sozialer Ungerechtigkeit (Schneidewind 2019, S. 240ff.).

<sup>20</sup> Vgl. Reh 2025.

<sup>21</sup> Vgl. BUND Position 78: Zuviel Flächenbedarf bei begrenzter Fläche – Flächenkonkurrenz in Deutschland (BUND 2025).

<sup>22</sup> Vgl. WBGU 2016; vgl. auch schon WBGU 2011.

Gleichzeitig ist das globale Ernährungssystem sozial ungerecht. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung kann sich keine gesunde Ernährung leisten, während Übergewicht und Mangelernährung parallel zunehmen. Fast die Hälfte der Menschheit lebt unterhalb der sozialen Mindeststandards für das Recht auf Nahrung, auf Gesundheit und auf menschenwürdige Arbeit. Besonders problematisch: Die Ernährungsweisen der wohlhabendsten 30 % der Weltbevölkerung verursachen über 70 % der ökologischen Schäden des Ernährungssystems (The EAT–Lancet Commission 2025).

Eine zentrale Stellschraube ist das, was produziert wird. Heute werden weltweit rund 70 % der Ackerflächen nicht zur Ernährung von Menschen genutzt, sondern für Futtermittel. Aus zehn Kalorien pflanzlicher Biomasse entsteht im Schnitt eine einzige Kalorie tierischer Lebensmittel – eine enorme Ressourcenverschwendung. Eine pflanzenbetonte Ernährung schafft dagegen Handlungsspielräume: Flächen können frei werden für Artenvielfalt, Wiedervernässung von Mooren oder natürliche CO<sub>2</sub>-Senken durch Waldaufforstungen oder regionale Wertschöpfung.

Eine Ernährungswende ist deshalb ein sozial-ökologisches Projekt. Sie verbindet Klimaschutz, Gesundheit, Gerechtigkeit und Biodiversität. „Der ökologische Rucksack in der Ernährung (muss sich) von 6 auf 3 Tonnen halbieren“ (Schneidewind 2019, S. 247). Politik muss dafür den Rahmen setzen: weniger Verschwendung, faire und wahrhaftige Preise, Förderung regionaler Wertschöpfung, Schutz von Böden und Wasser sowie eine Agrarpolitik, die nicht Tierfabriken unterstützt, sondern eine Landwirtschaft, die Menschen und Tieren, aber auch Boden und Klima gut tut.

## 4. Ökologische Ziele sozial gerecht verfolgen – Forderungen für mehr Umweltgerechtigkeit

Die Abschnitte 2 und 3 haben gezeigt, warum Umwelt- und Naturschutz ohne soziale Gerechtigkeit nicht gelingen kann: Verursachung und Betroffenheit sind ungleich verteilt, Akzeptanz hängt an fairer Lastenteilung, vielen fehlen die Möglichkeiten zum umweltgerechten Handeln, und Suffizienz braucht einen politischen Rahmen. Mit welchen politischen Instrumenten kann die soziale Dimension angemessen und verbindlich berücksichtigt werden? Entlang der oben genannten Kategorien ergeben sich folgende Forderungen für staatliches Handeln.

### 4.1 Verursachung

- Direkte Umweltschäden hat der Verursacher wieder gutzumachen; das erfordert ein schärferes Umwelthaftungs- bzw. Umweltstrafrecht. Ist eine Wiedergutmachung nicht möglich, sind die Kosten für entsprechenden Ausgleich verursachergerecht in die Preise zu integrieren. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass konsumbezogene Ausgaben einkommenschwächere Haushalte stärker belasten. Die Forderung nach verursachergerechtem Zuschreiben ökologischer Kosten ist Bestandteil der EU-Verträge und muss Leitprinzip staatlicher Gesetzgebung für Produzenten und Konsumenten werden. Wenn jede Umweltbelastung konsequent dem Verursacher zugeschrieben werden würde, hätte auch die Industrie einen dauerhaften Anreiz, Umweltbelastungen durch ihre Produkte und Dienstleistungen zu vermeiden bzw. so weit wie möglich zu reduzieren.
- Geradezu das Gegenteil von verursachergerechter Zuschreibung von Umweltkosten geschieht, wenn der Staat umweltschädliches Verhalten sogar noch subventioniert. Die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen ist daher nicht nur seit langem und oft wiederholt gefordert, sie ist auch Bestandteil internationaler Verträge wie dem Pariser Klimaabkommen (Art. 2, 1c).

- Das Ordnungsrecht sollte soziale Komponenten erhalten, um dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen zu entsprechen. Staatliche Sanktionierung regelwidrigen Verhaltens sollte nach Wirkung und Zahlungsfähigkeit gestaffelt werden, sonst kann der Eindruck entstehen, dass Regeln nicht für alle in gleicher Weise gelten.

#### 4.2 Ungleiche Beeinträchtigungen ausgleichen

Global gesehen sind es die ärmeren Länder, innerhalb der Länder die ärmeren Menschen, die besonders stark unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimaerwärmung zu leiden haben. Es gilt deshalb, die immer stärker werdenden Ungleichheiten sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen ihnen auszugleichen.<sup>23</sup>

- Einkommens- und Vermögensunterschiede sollten durch das Instrument der Steuerprogression bekämpft werden (World Inequality Report 2026).
- Unterschiedliche Kapitalarten sollten einheitlicher besteuert werden (IWF 2017, S. x).
- Ein globales Finanzregister, das die Eigentumsverhältnisse von Finanzvermögen dokumentieren würde, könnte Steuerflucht, Geldwäsche und wachsende Ungleichheit adressieren.
- Politische Maßnahmen zum Klimaschutz sollten grundsätzlich mit solchen für mehr soziale Gerechtigkeit verbunden werden (Wilkinson, Pickett 2011, S. 231)
- Es braucht ein faires Welthandelssystem. Zwar gab es seit dem Scheitern der Doha-Runde 2007 Fortschritte im multilateralen Handelssystem (z. B. vereinfachte Zollregeln), doch ist durch die geopolitischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit ein für alle Seiten faires und weltweit verbindliches Welthandelssystem in weite Ferne gerückt.

#### 4.3 Akzeptanz

- Die Akzeptanz für umweltpolitische Maßnahmen wird steigen, wenn politische Rahmenbedingungen ökologisch verantwortliches Handeln ermöglichen und erleichtern. Ein Beispiel aus dem Bereich Energie und Wohnen

ist der sogenannte Mieterstrom. Bislang können Mieterinnen und Mieter oft nicht direkt von dem auf ihrem Dach produziertem Strom profitieren, da sie weder die Entscheidungs Gewalt über das Dach noch über die Energieversorgung ihres Hauses haben und so oft höhere Strompreise zahlen als jene, die sich in Eigenheimen selbst mit Solarstrom versorgen. Ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch auf Mieterstrom könnte zum Beispiel sicherstellen, dass auch Mieter Zugang zu lokal erzeugtem, bezahlbarem Ökostrom erhalten, wenn auf ihrem Haus oder im Quartier entsprechende Anlagen betrieben werden. Vermieter wären verpflichtet, technisch und organisatorisch praktikable Lösungen anzubieten – z. B. durch Kooperation mit Energiegenossenschaften, Stadtwerken oder spezialisierten Dienstleistern. Standardisierte Verträge und vereinfachte Abrechnungsmodelle könnten helfen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

- Wenn Menschen erleben, dass Klimaschutz ihnen konkret nützt und sogar mit geringeren Kosten, regionaler Wertschöpfung und mehr Selbstbestimmung verbunden ist, wird er mehrheitsfähig. Finanzielle Beteiligungsrechte von Kommunen beispielsweise an Windkraft- und/oder PV-Anlagen, wie sie einige Bundesländer ermöglicht haben, ist ein weiterer, wichtiger Schritt zur Akzeptanzsteigerung.<sup>24</sup> Aus den Beteiligungserlösen finanzieren die Kommunen ihre Kindergärten oder sanieren ihre Straßen. So profitieren alle Gemeindemitglieder und nicht nur die Eigentümerinnen und Eigentümer von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen.
- Flankiert werden sollte dieser Anspruch durch Förderprogramme für gemeinschaftliche Energieprojekte, damit sich Hausgemeinschaften, Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften leichter zusammenschließen können.

#### 4.4 Fehlende Möglichkeiten und Suffizienz

- Die dringend benötigte Reduktion des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs wird auch Verhaltensänderungen erforderlich machen. Damit

<sup>23</sup>Die folgenden Vorschläge sind angelehnt an Berg 2020 (S. 146–148).

<sup>24</sup>In manchen Bundesländern sind solche finanziellen Beteiligungsrechte gesetzlich verankert. Das könnte über Bundesgesetze auch für ganz Deutschland geregelt werden. (MWIKE 2025)

diese möglich werden, muss Suffizienz primär von der Produktion bzw. der Infrastruktur her verstanden und konzipiert werden. Das (individuelle) Konsumverhalten ist wichtig, aber folgt zumeist vorgegebenen Angebotsstrukturen. Dem Staat kommt hier die entscheidende Koordination zu, die fast alle Bereiche des Konsums umfasst: vom Ausbau des ÖPNV gerade in ländlichen Regionen, dem Auf- und Ausbau von Recycling-Infrastrukturen, Vorgaben für die Raumnutzung (Flächen-/Parkraumbudgets) bis hin zur steuerlichen Besserstellung von ressourcensparendem Verhalten. Haushaltsgeräte zu leasen statt sie zu kaufen, könnte beispielsweise als haushaltsnahe Dienstleistung steuerlich absetzbar werden. Reparaturen sollten technisch möglich sein und günstiger als ein Neukauf, beispielsweise indem Arbeitskosten steuerlich entlastet und maschinelle Massenproduktion besteuert werden. Berlin, Sachsen und Thüringen haben bzw. hatten zeitweise einen Reparaturbonus für Elektrogeräte – für besseren Ressourcenschutz und zur Vermeidung von Elektroschrott und es ist zu überlegen, entsprechende Förderungen bundesweit anzubieten. Auch die Erhebung alternativer Wohlstands-Indikatoren zählt hierzu. Den regulatorischen Rahmen bereitzustellen, der solche Veränderungen ermöglicht und anreizt, wäre Aufgabe einer Politik der Suffizienz.

#### 4.5 Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft und Suffizienz

Damit natürliche Lebensgrundlagen nicht übernutzt oder zerstört werden und ihre Nutzung fair, effizient und generationengerecht erfolgt, brauchen wir ein Ressourcenschutzgesetz mit klaren Reduktionszielen und Berichtspflichten – analog zum Klimaschutzgesetz. Ein solches Ressourcenschutzgesetz sollte beispielsweise Anreize dafür setzen, dass die Industrie stärker auf Sekundärrohstoffe setzt,<sup>25</sup> etwa durch Einführung verbindlicher Sekundärrohstoffquoten, dass der Ressourcenschutz bereits in das Design von Produkten und Dienstleistungen einbezogen wird und dass dies alles in einer

<sup>25</sup>Vgl. BUND 2023, Ressourcenschutz heißt drastische Verringerung des Ressourcenverbrauchs, BUND Position Nr. 74.

sozial gerechten Weise geschieht. Das ist der Grundgedanke des European Green Deal, der während der zweiten von-der-Leyen-Kommission leider mächtig unter Druck geraten ist.

Suffizienz bedeutet Maßhalten im besten Sinn, ist Ausdruck sozialer Verantwortung und ökologischer Vernunft und sollte nicht moralistisch motiviert werden. Sie ermöglicht Freiheit durch Begrenzung, Lebensqualität durch Schaffen ressourcenschonender Handlungsoptionen – und ist damit ein Schlüssel zu einer sozial-ökologischen Kultur des guten Lebens für alle auf dieser einen Erde, innerhalb der planetaren Grenzen.

## 5. Quellen

Berg, Ch. 2020, Ist Nachhaltigkeit utopisch? oekom Verlag, München.

Büchs, M., Bardsley, N., Duwe, S. 2011, Who bears the brunt? Distributional effects of climate change mitigation policies. *Critical Social Policy*, 31(2), S. 285–307, doi 10.1177/0261018310396036

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) 2024, Ressourcenpolitik in der Transformation – Strategien für Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschutz. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2023: Rohstoffstrategie und nachhaltige Lieferketten. Berlin.

Brand, K.-W. 2021, ‚Große Transformation‘ oder ‚Nachhaltige NichtNachhaltigkeit‘, Wider die Beliebigkeit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeits- und Transformationstheorien, in: Leviathan, Januar 2021, S. 189–214.

Brand, U., Wissen, M. 2017, Imperiale Lebensweise. oekom-Verlag, München

BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz)

2025, Zuviel Flächenbedarf bei begrenzter Fläche – Flächenkonkurrenz in Deutschland, BUND Position 78, Berlin.

2025, 50 Jahre BUND, [www.bund.net/ueber-uns/organisation/50-jahre-bund/](http://www.bund.net/ueber-uns/organisation/50-jahre-bund/) Zugriff 20.10.25.

2024, <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/klimageld-bund-fordert-schnelle-einfuehrung-gemeinsam-mit-verdi-und-sozialverbaenden/> Zugriff 30.11.25 .

2023, Ressourcenschutz heißt drastische Verringerung des Ressourcenverbrauch, BUND-Position 74.

- 2020, Bundesdelegiertenversammlung 2020, Antrag 002, Bad-Hersfeld.
- 2019, BUND-Position 64, Klimagerechtigkeit 2019.
- 2017, Konzept für eine zukunftsfähige Energieversorgung, BUND-Position.
- 2016, BUND-Studie: Kommunale Suffizienzpolitik. Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund.
- 2015, Position 65, Ökonomische Bewertung und ökonomische Instrumente im Natur- und Biodiversitätsschutz.
- BUND & Misereor 1996, Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Hrsg. von Wolfgang Sachs, Bonn.
- Bundesrepublik Deutschland 2024, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) [www.gesetze-im-internet.de/bnatschg\\_2009/](http://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/) BJNR254210009.html  
Zugriff 12.01.2026.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2025, Lexikon der Wirtschaft [www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/](http://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/) Bonn und Berlin  
Zugriff 20.12.2025.
- Daly, H. 2015, Economics for a Full World. Essay for the Great Transition Initiative, Boston, Tellus Institute.
- Deutscher Bundestag 1971, Bundestagsdrucksache VI/2710 vom 14. Oktober 1971
- Eilers, W. 2009, Codex Hammurabi. Die Gesetzesstele Hammurabis. Marix Verlag, Wiesbaden (Neuaufgabe der Übersetzung von 1932 mit aktualisierter Einführung).
- Europäische Union 2016, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).
- Faure, M., Faure, G. 2024, The EU Environmental Crime Directive: A Revolution in EU Environmental Criminal Law?, in: Journal of Environmental Law, 2024, 36, 323–342, doi 10.1093/jel/eqae020
- Garritzmann, Juian L. 2023, Kapitalismus zur Einführung, Hamburg, Junius-Verlag.
- Global Footprint Network 2025 [www.footprintnetwork.org/about-us/our-history/](http://www.footprintnetwork.org/about-us/our-history/)  
Zugriff 22.12.2025.
- Gschwendner, J. et al. 2025, A Systemic Circular Economy Transition in Germany, The Role and Impact of Circular Social Businesses, Wiesbaden und Gütersloh.
- Hennicke, P., Best, B., Bierwirth, A., Seifried D. 2025, Klimagerecht. Warum wir ökologische und soziale Fragen konsequent verbinden müssen, oekom-Verlag, München
- Hickel, J. 2019, The contradiction of the sustainable development goals: Growth versus ecology on a finite planet. Sustainable development, 27(5), 873–884.
- Hickel, J., O'Neill, D. W., Fanning, A. L., & Zoomkawala, H. 2022, National responsibility for ecological breakdown: a fair-shares assessment of resource use, 1970–2017. The Lancet Planetary Health, 6(4), e342-e349.
- Höffe, O. 1994, Kategorische Rechtsprinzipien. Ein Kontrapunkt der Moderne, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/a.M.
- Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) 2015, The Role of Biomass in the Sustainable Development Goals: A Reality Check. Potsdam
- Internationaler Währungsfonds (IWF) 2017, Fiscal Monitor: Tackling Inequality. Washington, D.C.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2024, Sixth Assessment Report – Synthesis Report. Genf.
- IUCN-UNEP-WWF 1980 (International Union for Conservation of Nature in Kooperation mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem WWF), World Conservation Strategy. Living Resource Conservation for Sustainable Development. Gland
- Jonas, H., 1984, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technische Zivilisation, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/a.M.
- Kapp, K. W. 1950, The Social Costs of Private Enterprise. Cambridge/Massachusetts, Harvard University Press.
- Lessenich, S. 2016, Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Hanser-Verlag, Berlin.
- Linz, M. 2004, Weniger ist mehr. Suffizienz als Pfad zu mehr Nachhaltigkeit. Wuppertal Institut, Solingen.
- Massing, P 2015, Institutionen, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, [www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193089/institutionen/](http://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193089/institutionen/)  
Zugriff 22.12.25.
- Meadows, D.H., Meadows, D.L., Randers, J., Behrens, William W. III 1972, The Limits to Growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. London: Earth Island Ltd.
- Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) 2025, [wirtschaft.nrw/buergerenergiegesetz-nrw](http://wirtschaft.nrw/buergerenergiegesetz-nrw)  
Zugriff 22.12.25.
- Motor Presse 2025, [www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/27-km-h-zu-schnell-in-der-schweiz-fettes-busgeld-fuer-rasenden-multimillionaer](http://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/27-km-h-zu-schnell-in-der-schweiz-fettes-busgeld-fuer-rasenden-multimillionaer)  
Zugriff 13.10.2025
- Nebel, A., Kling, A., Willamowski, R., Schell, T. 2024, Recalibration of limits to growth: An update of the World3 model. Journal of Industrial Ecology 28(1): 87–99. doi 10.1111/jiec.13442.
- OECD 1972: Guiding Principles concerning International Economic Aspects of Environmental Policies. Paris.
- Our World in Data 2025, [ourworldindata.org/environmental-impacts-of-food](http://ourworldindata.org/environmental-impacts-of-food)  
Zugriff 18.12.25.
- Oxfam 2024: Carbon Inequality Kills: Why curbing the excessive emissions of an elite few can create a sustainable planet for all; Zugriff 25.11.25.

## STANDPUNKT 24 – DIE SOZIALE DIMENSION VON UMWELT- UND NATURSCHUTZ

- Papst Franziskus 2023: Apostolisches Schreiben Laudate Deum über die Klimakrise.
- 2015: Enzyklika Laudato si'. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Vatikan.
- 2013: Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium, Vatikan.
- Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) (2025): Planetare Grenzen, Version 3.1, [www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/bilder](http://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/bilder) Zugriff 20.12.2025.
- Princen, T. 2005, The Logic of Sufficiency, MIT Press, Cambridge MA.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung 2023, Ressourcenwende gestalten – Empfehlungen für eine nachhaltige Rohstoffpolitik. Berlin.
- Reh, W. 2025, Neustart für die Klimapolitik im Verkehr. Wie Klimagerechtigkeit und Mobilität für alle gelingen können, bookmundo, Rotterdam.
- The EAT–Lancet Commission on healthy, sustainable, and just food systems – The Lancet, Rockström J. et al. 2025, The Lancet, Volume 406, Issue 10512, 1625–1700.
- Sachs, W. 1993, „Die vier E's – ökologische, ökonomische, ethische, entwicklungspolitische Perspektiven der Nachhaltigkeit“. In: Politische Ökologie 33, S. 69–72, München.
- Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung („Sachverständigenkommission“) 2025, Gleichstellung in der sozialökologischen Transformation. Gutachten für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesstiftung Gleichstellung.
- Schäfers, B. 2016, Sozialgeschichte der Soziologie, Entwicklung der soziologischen Theorie seit der Doppelrevolution, Springer-VS, Wiesbaden.
- Schmelzer, M., Vetter, A. 2019, Degrowth/Postwachstum zur Einführung, 3. Auflage (2021), Junius-Verlag, Hamburg.
- Schneidewind, U. 2018, Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Fischer-Verlag, Frankfurt/a.M.
- Spangenberg, J.H.
- 2026, Nachhaltig produzieren und konsumieren – das Scharnier zwischen Angebot und Nachfrage klemmt. In: Hackspiel-Mikosch, E., Wilkening, T., Liedtke, C. (Hrsg). SDG 12: Nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum. SpringerNature Verlag, in Vorbereitung.
- 2017, Hot Air or Comprehensive Progress? A Critical Assessment of the SDGs. Sustainable Development 25(4): 311–321. doi 10.1002/sd.1657.
- SRU (Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen)
- 2024, Suffizienz als „Strategie des Genug“: Eine Einladung zur Diskussion, Diskussionspapier März 2024 (=SRU 2024a)
- 2024, Wo stehen wir beim CO2-Budget? Eine Aktualisierung, Berlin. (=SRU 2024b)
- Stowasser, J.M. 1979, Lateinisch-Deutsches Schulwörterbuch, München: Freytag.
- Umweltbundesamt (UBA)
- 2025: Zirkuläres Wirtschaften als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in unsicheren Zeiten, Dessau-Roßlau.
- 2023, Ressourcenschonung in Deutschland – Daten und Trends 2023. Dessau-Roßlau.
- 2020: Verkehrswende für ALLE. So erreichen wir eine sozial gerechtere und umweltverträglichere Mobilität, Dessau-Roßlau.
- Vereinte Nationen
- 2015, Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development. United Nations, New York.
- 2012, The Future We Want. United Nations. New York, United Nations General Assembly, 66th Session, Agenda Item 19, Document A/66/L.56, July 24th, 2012.
- 2002, World Summit on Sustainable Development – Plan of Implementation. New York, United Nations.
- 1992, Agenda 21, United Nations, New York.
- 1972, Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment. United Nations, Stockholm.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU)
- 2016, Hauptgutachten: Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Berlin.
- 2011, Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- UN Division for Sustainable Development. Department of Policy Co-ordination and Sustainable Development 1996. Indicators of Sustainable Development, Framework and Methodologies. New York, United Nations.
- United Nations Environment Programme (UNEP), 2019: Global Resources Outlook 2019: Natural Resources for the Future We Want. Nairobi.
- WCED – World Commission on Environment and Development („Brundtland-Kommission“), 1987, Our Common Future. Vereinte Nationen, New York.
- Weltbank 2021, Acting on Internal Climate Migration. Washington, D.C. Groundswell Part 2: Acting on Internal Climate Migration.
- Weltbank 2025, [www.worldbank.org/en/topic/urbandevelopment/overview](http://www.worldbank.org/en/topic/urbandevelopment/overview) Zugriff 18.12.2025.
- Wilkinson, R. G., Pickett, K. E. 2010, The spirit level: Why greater equality makes societies stronger. New York, Bloomsbury Press.
- Wilkinson, R. G., Pickett, K. E. 2024, Why the world cannot afford the rich. Nature 627: 268–270. doi 10.1038/d41586-024-00723-3.
- World Inequality Report 2026, [wir2026.wid.world/insight/executive-summary/](http://wir2026.wid.world/insight/executive-summary/) Zugriff 22.12.2025.
- Xian, L., Wang, W. & Huang, S., in: Ecological Economics Vol. 224, October 2024, doi 10.1016/j.ecolecon.2024.108267.

## Publikationen des Wissenschaftlichen Beirates

<b>Position</b>		<b>Standpunkt</b>	
79 Bioökonomie	2025	21 Agroforstsysteme – Gehölze in der Agrarlandschaft	2025
78 Flächenkonkurrenz in Deutschland	2025	20 Wölfe und Weidetiere: Nebeneinander statt Gegeneinander	2024
77 Gentechnik in Landwirtschaft und Naturschutz	2025	19 Wärmewende und Wärmeplanung	2024
76 Klärschlamm – Nährstoffquelle und Schadstoffsenke	2023	18 Energetische Nutzung von Holz	2024
75 Geoengineering oder ökologischer Klimaschutz	2023	17 Weidehaltung und grünlandbasierte Produktion heimischer Futtermittel	2023
74 Ressourcenschutz = drastische Verringerung des Ressourcenverbrauchs	2023	16 CCS: Falsche Weichenstellung verhindern!	2023
73 Zukunftsfähige Landwirtschaft – umweltverträglich, tiergerecht, sozial	2022	15 Wasserstoffstrategie	2022
72 Freiflächen-Solaranlagen	2022	14 Bewässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen	2022
71 Meeres- und Küstennaturschutz der Nord- und Ostsee	2021	13 Fangverbot für den Europäischen Aal jetzt notwendig	2022
70 Arzneimittel in der Umwelt	2020	12 Unterwasserlärm – Gefahr für Lebewesen im Meer	2021
69 Herausforderungen für eine nachhaltige Stoffpolitik (2. Auflage)	2023	11 Mikroschadstoff-Strategie	2017
68 Strom und Wärme aus Tiefengeothermie	2019	10 Stromeinsatz zu Heizwecken	2016
67 Tiefseebergbau	2018	09 Kernforderungen zur Novellierung des Bergrechts	2015
66 Konzept für eine zukunftsfähige Energieversorgung	2017	08 Kraft-Wärme-Kopplung	2015
65 Ökonomische Bewertung und Instrumente im Natur- und Biodiversitätsschutz	2015	07 Neobittoa	2015
64 Klimagerechtigkeit	aktualisiert 2019		
63 Energieeffizienz im Wärme- und Strombereich	2015		
<b>Hintergrund</b>			
Plastik – Radikales Umdenken nötig	2025		
Heimischer Bergbau	2025		
„Bio“-Kunststoffe	2022		
Fluorchemikalien: Langlebig, gefährlich, vermeidbar	2021		
Hochwasserschutz fängt bei den Böden an	2021		
Ausbau Windenergie – Folgen für Meeres- und Küstennaturschutz	2021		
Nachhaltige Stoffpolitik zum Schutz von Klima und Biodiversität	2021		
Grundlagen und Konzepte einer Energiewende 2050	2015		
Ressourcenschutz	2015		



Eine Übersicht der BUND-Positionen finden Sie unter:  
[www.bund.net/ueber-uns/organisation/wissenschaftlicher-beirat](http://www.bund.net/ueber-uns/organisation/wissenschaftlicher-beirat)



Eine Übersicht aller Publikationen des BUND finden Sie unter:  
[www.bund.net/service/publikationen](http://www.bund.net/service/publikationen)

## Der BUND steht für Fakten

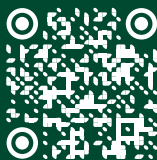
Hunderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeiten die fundierten Positionen des BUND – unbestechlich und ehrenamtlich. Sie sind in Arbeitskreisen und dem wissenschaftlichen Beirat organisiert und geben drei Publikationsreihen heraus:

Die **Position** legt die Bewertung des BUND zu einem Thema dar, begründet es wissenschaftlich und leitet fundierte und konkrete, umsetzbare Forderungen ab.

Der **Hintergrund** ergänzt die Position mit aktuellen Fakten und Beispielen.

Der **Standpunkt** dient der Positionierung und Präzisierung zu einem aktuellen Thema. Er will Debatten in Verband und in der Öffentlichkeit initiieren und vertiefen.

Unterstützen Sie  
unsere Arbeit:  
[www.bund.net/  
unterstuetzen](http://www.bund.net/unterstuetzen)



### Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)  
Bundesgeschäftsstelle  
Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin  
Tel. +49 30 27586-40 | [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

Vorstandsvorsitz: Olaf Bandt | V. i. S. d. P.: Nicole Anton

Autor\*innen: Der Bundesarbeitskreis sozial-ökologische Transformation, namentlich:  
Christian Berg, Robert Bednarsky, Joachim Spangenberg, Martin Bachhofer, Lars Erik Berker,  
Wolfgang Lührs, Volker Peters, Thomas Potthast, Wolfgang Schuchart, Christina Schulz,  
Wolfgang Wesely

März 2026 | [www.bund.net](http://www.bund.net)

